

Beschlussempfehlung und Bericht

des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuss)

zu dem Antrag der Fraktion der SPD
– Drucksache 17/1153 –

Modernisierungspartnerschaft mit Russland – Gemeinsame Sicherheit in Europa durch stärkere Kooperation und Verflechtung

A. Problem

Die Antrag stellende Fraktion verweist auf die besondere Bedeutung des Ausbaus der Partnerschaft zu Russland. Eine enge, konstruktive und kooperative Beziehung zu Russland sei die Voraussetzung für Sicherheit und Stabilität in Europa und für die gemeinsame Lösung globaler Fragen. Präsident Dimitri Medwedjew verfolge seit seinem Amtsantritt eine neue Linie der Innen- und Außenpolitik. Die von ihm angebotene Modernisierungspartnerschaft beinhalte die Stärkung des Rechtsstaates, Justiz- und Verwaltungsreformen, die Unterstützung wirtschaftlicher Entwicklung und umfassende Bildungsinitiativen und liege sowohl im deutschen als auch im europäischen Interesse.

Die Bundesregierung wird aufgefordert, in der EU auf eine gemeinsame Russlandpolitik hinzuwirken, die Vorschläge des russischen Präsidenten für einen Europäischen Sicherheitsvertrag und eine weltweite Energiecharta sowie Konzepte zur Zusammenarbeit zwischen UN, OSZE, NATO, EU und GUS zu unterstützen, eine Strategie zur OSZE-Reform zu entwickeln und im Nato-Russland-Rat sowohl für gemeinsame Studien zu den sicherheitspolitischen Herausforderungen im 21. Jahrhundert als auch für Dialoginitiativen über Militärdoktrinen und Rüstungsplanungen einzutreten. Die Bundesregierung wird weiter aufgefordert, gegenüber den USA und Russland eine kooperative und vertragsgestützte Lösung bei der Errichtung eines Raketenabwehrsystems in Europa und die Begrenzung solcher Systeme auf globaler Ebene zu unterstützen, sich für eine Stärkung der konventionellen Rüstungskontrolle in Europa einzusetzen, eine Ratifikation des Übereinkommens zur Anpassung des Vertrags über konventionelle Streitkräfte in Europa zu erwägen und für den Erhalt und die Fortschreibung des Vertrags über konventionelle Streitkräfte in Europa sowie für die Rückkehr Russlands in dieses Vertragsregime zu werben. Die Bundesregierung wird zudem aufgefordert, den russischen Präsidenten im Sinne der Modernisierungspartnerschaft zu unterstützen, weitere Bemühungen zum WTO-Beitritt (WTO: Welthandelsorganisation) Russlands, zu den PKA-Verhandlungen (PKA: Partnerschafts- und Kooperationsabkommen) zwischen der EU und Russland sowie zur EU-Visafreiheit für Russland zu unternehmen und

Russland gegenüber auf eine Ratifikation des 6. Protokolls zur Europäischen Menschenrechtskonvention über das Verbot der Todesstrafe zu drängen.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Keine

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 17/1153 abzulehnen.

Berlin, den 19. Mai 2010

Der Auswärtige Ausschuss

Ruprecht Polenz
Vorsitzender

Karl-Georg Wellmann
Berichterstatter

Franz Thönnies
Berichterstatter

Dr. Bijan Djir-Sarai
Berichterstatter

Wolfgang Gehrcke
Berichterstatter

Marieluise Beck (Bremen)
Berichterstatterin

**Bericht der Abgeordneten Karl-Georg Wellmann, Franz Thönnnes,
Dr. Bijan Djir-Sarai, Wolfgang Gehrcke und Marieluise Beck (Bremen)****I. Überweisung**

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 17/1153** in seiner 34. Sitzung am 25. März 2010 in erster Lesung beraten und zur federführenden Beratung dem Auswärtigen Ausschuss, zur Mitberatung dem Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe und dem Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union überwiesen.

II. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe** hat den Antrag in seiner 14. Sitzung am 19. Mai 2010 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat den Antrag in seiner 14. Sitzung am 19. Mai 2010 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung.

**III. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse
im federführenden Ausschuss**

Der **Auswärtige Ausschuss** hat den Antrag in seiner 14. Sitzung am 19. Mai 2010 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung.

Berlin, den 19. Mai 2010

Karl-Georg Wellmann
Berichtersteller

Franz Thönnnes
Berichtersteller

Dr. Bijan Djir-Sarai
Berichtersteller

Wolfgang Gehrcke
Berichtersteller

Marieluise Beck (Bremen)
Berichterstellerin